

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1871**

4.11.1871 (No. 269)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 4. November.

N. 269.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 8 kr. u. 2 fl. 4 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1871.

## Telegramme.

† Berlin, 2. Nov. Reichstags-Sitzung. Das Gotthardtbahn-Gesetz sowie das Gesetz betreffend die Einführung des Gesetzes über die Kinderpest in Bayern und Württemberg werden in dritter Lesung angenommen. Es folgt die erste und zweite Berathung des Antrages Büsing betreffend die Einführung einer Volksvertretung in sämtlichen Bundesstaaten. Der mecklenburgische Staatsminister v. Bülow spricht sich gegen den Antrag aus, welcher unter dem Scheine einer Aenderung der Reichsverfassung eine Modifikation der mecklenburgischen Verfassung anstrebt. Nach längerer Debatte wird der Antrag bei namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 88 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmen die National-Liberalen, die Fortschrittspartei und die liberale Reichspartei, dagegen das Centrum, ausgenommen Reichensperger (Dlpe) und Probst. Die deutsche Reichspartei stimmt getheilt. Stumm und der Herzog von Ujest stimmten mit Nein, Bethusy-Huc und Friedenthal mit Ja.

† Konstantinopel, 1. Nov. Anlässlich des gestrigen Geburtstages des Sultans wurde eine Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verbannten erlassen. Ausgenommen von denselben sind die während der Regierung des jetzigen Sultans Exilirten.

† Athen, 31. Okt. Der König hat heute die Kammer in Person eröffnet. Die Thronrede spricht die königliche Billigung der vom Ministerium Komunduros befolgten Politik und seiner bisherigen Verwaltung, sowie die Zustimmung zu dem vom Ministerium aufgestellten Programm aus. Mit besonderer Befriedigung gedenkt die Thronrede der Ausrottung des Briganten-Unwesens und verheißt die gänzliche Beilegung der Laurion-Frage, die Aufhebung des Jektens und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

## Deutschland.

Aus dem Elsaß, 31. Okt. (Rdn. 3.) Das kaiserl. Oberpräsidium von Elsaß-Lothringen hat die Direktoren der höheren Lehranstalten auf den 4. und 5. Novbr. zu einer zweiten Konferenz unter Vorsitz des Hrn. Schulraths Dr. Baumwieser nach Straßburg berufen. Zweck derselben ist, auf Grund der seit Wiedereröffnung jener Anstalten gewonnenen Erfahrungen und Wahrnehmungen denselben eine mehr feste und einheitliche Organisation zu geben. Ueberhaupt wendet die vorgeordnete Behörde der Schule in Elsaß und Lothringen eine ganz besondere Aufmerksamkeit und Pflege zu.

○ Straßburg, 2. Nov. Wie man aus guter Quelle vernimmt, ist das gegenwärtige in Elsaß-Lothringen bestehende Regierungspräsidium seinem Ende nahe und hat man in nächster Zeit einer Verkleinerung der neuen definitiven Verwaltungsorganisation entgegenzusehen.

Auch wird eine allgemeine Volkszählung für das gesammte Reichsland in aller Kürze beabsichtigt. Solche hatte nach älterer französischer Anordnung im Jahre 1871 stattfinden sollen und wird nun von der deutschen Regierung in's Werk gesetzt werden.

## Salvadora.

(Fortsetzung.)

Man kann sich denken, mit welchem Ersauern ich dies Alles hörte. „Aber der jetzige Marquis!“ sagte ich verwirrt, „wird der...“  
„Sie meinen Don Juan Gomez, der sich bisher Marquis del Espejo nannte,“ unterbrach mich Don Salustiano mit einem geringschätzenden Tone, „freilich es wird ihm nicht sehr angenehm sein, von der Erbschaft seiner Frau den besten Theil einbüßen zu müssen; er wird auch Alles aufbieten, um es zu vermeiden; — und das ist eben der Kampf, von dem ich zu Ihnen sprach! Doch Sie sehen mich immer noch so erstaunt an, als wenn ich im Traume zu Ihnen spräche. Ich begreife, Sie sind ein Fremder und kennen weder unsere Gesetze, noch unsere Gebräuche, noch die Mißbräuche derselben! — Eine Frau kann bei uns den Titel, den sie durch ihre Geburt erlangt, dem Manne geben, den sie heirathet. Dies ist ein weises und gerechtes Gesetz, das nur in Spanien existirt, worauf wir aber stolz sein können, denn es verweist einigermaßen wenigstens die vielen Ungerechtigkeiten, welche den Männern ihre Stellung den Frauen gegenüber einräumt. Das ist das gute Gesetz — doch der Mißbrauch desselben hat sich gar bald eingestellt und ist von einer schwachen und unfähigen Regierung tolerirt worden. Wittwen, denen natürlich der Titel ihres verstorbenen Gemahls blieb, haben denselben auf ihren zweiten Mann übertragen und so alle Familien traditionen verwirrt. So ist es hier der Fall! — Die Marquise, welche nach ihrer zweiten Heirath eigentlich Frau Gomez hätte heißen sollen, hat es natürlich vorgezogen, den Juan Gomez zum Marquis del Espejo zu machen. Mein Vater, dem sowohl der Titel als das Leben zumal, schwebte, denn er hatte sich mit dem Marquis, seinem Bruder, welcher sein treulos Weib wie ein Erbblinder liebt, dahin abgefunden, daß er sie, so lange sie lebe, im Besitz des Titels und des Marquats lassen sollte. Sie und Juan Gomez dachten, wir wären für immer abgefunden, und wir widersprachen dem nicht, da

H München, 2. Nov. Der Kultusminister v. Luz ist gestern nach Berlin abgereist. Für die Dauer seiner Abwesenheit hat der Justizminister Dr. Fäustle die Leitung der Geschäfte des Kultusministeriums übernommen.

\* Berlin, 1. Nov. Die vom Telegraphen angeordnete Aenderung der neuesten „Provinzial-Correspondenz“ über die Stimmung in Frankreich lautet in ihrer wesentlichsten Stelle:

Nicht bloß die Regierung Frankreichs, welcher ihre unerlöschliche schwierige Aufgabe durch das Entgegenkommen der deutschen Politik vielfach erleichtert wurde, ist aufrichtig bemüht, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden großen Nachbarstaaten auf jede Weise zu pflegen und fruchtbringend zu machen, sondern auch in allen besonnenen Kreisen des französischen Volkes beginnt die frühere Erbitterung und Leidenschaft allmählich einer ruhigeren Würdigung der thatsächlichen Verhältnisse zu weichen. Nach dem Abschlusse der jüngsten Uebereinkunft zumal hat sich die öffentliche Stimme gegenwärtig so befriedigt und so anerkannt auch Deutschland gegenüber geäußert, wie man es noch vor wenigen Monaten kaum für möglich gehalten hätte. Es ist schon sehr viel gewonnen, daß die Gedanken des Hasses gegen Deutschland, welche bis vor kurzem ganz Frankreich beherrschten, eine Milderung und Ableitung erfahren. Je mehr dies gelingt, desto mehr wird die Stimme einsichtiger praktischer Politiker zur Geltung gelangen, welche dem französischen Volke sagen, daß es seine frühere Größe und seinen altberühmten Rang unter den Völkern, den ihm Deutschland nicht rauben oder verkümmern will, seinerseits nicht durch Mißthaten und durch blutige Rache, sondern durch einen dauernden Wiederaufbau seiner inneren staatlichen Ordnung und durch Werke des Friedens und wahren Volkewehls wieder zu erreichen vermag.

Das „Deutsche Handelsblatt“ bringt folgende interessante Uebersicht über die Stellung der verschiedenen deutschen Handelskammern in der Münz-Frage:

Die Handelskammer zu Köln hat sich dahin ausgesprochen, daß sie sich mit der vom volkswirtschaftlichen Kongreß zu Lübeck am 31. August e. gefaßten Resolution im vollen Einverständniß befindet, und daß sie jede wesentliche Abweichung von derselben als einen schweren Mißgriff tief beklagen würde. Dieser Erklärung haben sich angeschlossen die Handelskammern zu Augsburg, Bamern, Bingen, Carlsruhe, Coblenz, Danzig, Darmstadt, Dresden, Hanau, Heidelberg, Lübeck, Mainz, München und Worms. Alle diese Handelskammern haben sich mehr oder weniger ausdrücklich gegen die Annahme der Mark als Rechnungseinheit erklärt. Andere Handelskammern haben gleichfalls ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des volkswirtschaftlichen Kongresses erklärt, ohne inbezug auf die Frage der Rechnungseinheit sich spröde zu äußern. Es sind dies die Vertretungen der Plätze Hirschberg, Neuch, Swinemünde und Wesel. Die Handelskammern von Bayreuth, Grefeld, Emden, Gießen, Hamburg, Hannover, Königsberg, Magdeburg, Mannheim, Münster, Oldenburg, Rostock, Schweinfurt und Steintin haben sich zwar im Uebigen für die Beschlüsse des volkswirtschaftlichen Kongresses ausgesprochen, inbezug hinzugefügt, daß sie gegen die Wahl der Mark zur Rechnungseinheit kein, oder kein erhebliches Bedenken erheben. Die Handelskammern für Duisburg und für Mühlhausen (Provinz Sachsen) geben der Mark vor jeder anderen Rechnungseinheit den Vorzug, und die Handelskammern zu Bielefeld, Braunschweig, Eberfeld, Eßling, Erfurt, Jberlohn und Sorau erklären sich gleichfalls für dieselbe ohne Vorbehalt. Eine gänzlich abweichende Stellung nimmt die Handels- und Gewerbekammer zu Blauen ein, welche den Gulden als Rechnungseinheit auf das Entschiedenste vertritt und in erster Linie den Frank gewünscht zu sehen wünscht,

während sie die Mark, den Thaler und das Goldgramm dem Gulden vorziehen würde. Auch die Handelskammer zu Frankfurt a. M. erklärt sich in erster Linie mit Entschiedenheit für die Adoption des Frankensystems, durch welches allein man zu einem internationalen Münzsystem gelangen könne, schließt sich aber eocent. dem von Köln angenommenen Standpunkt an. Gegen die Ausprägung von Stücken von 15 und 30 Mark haben sich eine Reihe von Handelsvorständen ausdrücklich erklärt, so diejenigen von Bamern, Danzig, Darmstadt, Duisburg, Eßling, Emden, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Jberlohn, Lübeck, Mannheim und Plauen, und haben dafür als Motiv theils den Wunsch angeführt, das Dezimalsystem konsequent durchzuführen, theils die Befürchtung, daß diese Anlehnung an das Thalersystem den Uebergang zu dem neuen Münzsystem erschweren werde. Für die Ausprägung von 15- und 30-Markstücken haben sich nur die Handelskammern von Bielefeld, Braunschweig und Sorau ausgesprochen.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 1. Nov. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Die Nachricht von der Berufung des Hrn. v. Kellersperg zur Bildung eines neuen Ministeriums ist verbürgt. Gestern erst hat Baron Kellersperg diese Mission von Sr. Majestät erhalten, und es ist begreiflich, daß nicht heute schon die Verhandlungen, um diesem Austrage gerecht zu werden, so weit gefahren sein können, daß sich über die Bildung des neuen Ministeriums ein Mehreres sagen ließe. Auch scheint es nicht recht zulässig, in diesem Stadium der Negotiationen der Entwicklung der Dinge Schritt für Schritt nachzuspüren und davon öffentlich zu reden. Nur zur Charakteristik der Lage und um anschaulich zu machen, was jetzt ein Ministerium Kellersperg bedeuten soll, erwähnen wir, daß jene Persönlichkeiten, deren Eintritt in das neue Kabinett erstrebt wird, innerhalb der Verfassungspartei gesucht werden, so Stremaier, Brestel, Unger. Dabei heißt es, daß Kellersperg nicht selber Präsident werden will, sondern das Ministerium des Innern übernehmen soll. Wenn es ferner richtig ist, was uns gemeldet wird, daß Baron Kellersperg heute mit Dr. Herbst, jenem Manne, mit welchem er vor drei Jahren in Konflikt gerieth, eine Auseinandersetzung gehabt, so beweist auch dies, wie die Erfahrungen der letzten Jahre lauternd gewirkt und dazu beigetragen haben, innerhalb der großen Verfassungspartei, die jetzt mehr denn je auf gute Disziplin angewiesen ist, und auf ihre Spitzenträger von ebendem zu verzichten, einer objektiveren Anschauung zum Durchbruch zu verhelfen. Solche Erwägungen sind es, wenn wir, die wir vor drei Jahren nicht Kellersperg's Partei genommen, heute von jeder Restriktion abmehren.

† Wien, 1. Nov. Ein Ministerium Kellersperg sieht vor der Thür. Der Grundgedanke seines Programms, Unantastbarkeit der Oesterreichischen Staatsidee und des Verfassungsrechts, ist vom Kaiser angenommen. Wenn nicht seine noch ausstehenden Vorschläge über die Mittel zum Zweck auf Widerstand stoßen, so ist seine Machtgelingung gesichert. Von allen maßvollen Elementen wird sie mit Freuden begrüßt und selbst die Oechnen, die ihn als Statthalter in Prag kennen gelernt, werden ihn wenigstens kein absolutes Mißtrauen entgegenbringen.

## Schweiz.

— Inmitten der kirchlich-politischen Bewegung unserer Tage sind die Vorgänge in einzelnen Schweizer Kantonen nicht ohne Interesse, welche auf eine vollständige Trennung von Staat und Kirche gerichtet sind. Der Kanton von Zürich hat alle Beziehungen, welche bisher

„Verstehen Sie denn gar nicht, Senner? — Wenn sie mein Weib würde, bliebe sie Marquise del Espejo und Herrin von all' dem Meinen.“

„Sprachlos wich ich bis an die Hausmauer zurück, — daran hatte ich wahrhaftig noch nicht gedacht! — Don Salustiano deutete mein Ersauern anders.“

„Sie haben Recht,“ sagte er mit einem blaffen Lächeln, „um diesen Preis ist das Marquats zu theuer! Nein! Bei meiner Ehre, Caballero, ich werde nie die prägende Blume an den verwelkten und verdorrten Stamm fesseln, obgleich — ich will es eingestehen — dieser Traum mehr als einmal mir wie eine fata morgana vorgeschwebt hat. Ich weiß, daß ich verloren bin; — möge Salvadora sich das Glück ihres Herzens suchen, wo sie will, und der einzige Freundschaftsbienf, den ich von ihr erbitte, wird der sein, die kurze Zeit, die mir noch zugemessen, ihr Gefährte, ihr Führer auf dem Wege zu ihrem Glück zu sein. Und das, Caballero, ist auch der Grund, weshalb ich das Marquats von Juan Gomez zurückverlange, — aus meinen Händen wird es Salvadora, da vom nächsten Jahre an alle Lebensverhältnisse aufhören, intact erhalten — aus den seinigen nimmermehr!“

„Ich entfinne mich, daß in diesem Augenblicke, wo dieser edle Mensch jene Worte sagte, welche mir die herrlichen Seiten seines Charakters enthüllten — der Gedanke mir durch den Geist fuhr, daß es recht — gut, ja rathsam wäre, wenn ich ihm Alles vertraute — Alles, — die Entföhrung auf sich beruhen ließe, und offen — am hellen Tage — dem Marquis und all' seinen Intriguen entgegenträte!“

(Fortsetzung folgt.)

— Bologna, 2. Nov. (Wien. Bl.) „Dohengrin“ ging gestern hier mit außerordentlichem Erfolge in Szene. Mehrere Stellen wurden zur Wiederholung verlangt. Die Vorstellung fand unter großem Zudrang des Publikums statt.

mein Vater seinem sterbenden Bruder, dem er nicht vor dem Tode den süßen Lohn nehmen wollte, daß seine Gattin alles Dies verbiete — das Versprechen gegeben hatte, sie angeführt im Beside und im Gemüthe dieser Ofter zu lassen, und ich bis heute das Wort, welches mein jetzt verstorbenen Vater gegeben hat, heilig gehalten habe! Verstehen Sie jetzt — und hat Sie das überhaupt interessiert?“

„D — mehr wie Sie denken! — Und was wird nun aus Salvadora?“

Er fürchte die Stirn.  
„Daran,“ sagte er, „hat mein Onkel freilich nicht gedacht, daß das Weib, gegen das er so ebel und generös handelte, ihr eigenes Kind hilf- und schutzlos in der Welt lassen würde! Sie hat, ich weiß es, dem Juan Gomez durch Testament Alles vermacht; alle Besitztümer fallen mir zu und Salvadora hat — nichts — nichts!“

„Ich atmete tief auf; ein Gefühl von unmenbarer Wonne durchrieselte mich bei dem Gedanken, daß sie arm sei und daß, wenn das materielle Glück des Lebens einst über unsere Diebe sich ergießen sollte, sie dies mir zu danken haben würde.“

„Doch,“ fuhr Don Salustiano fort, „ich habe es wohl nicht nöthig, Ihnen zu sagen, daß nichts in den Verhältnissen meiner Cousine geändert werden wird.“

„Es fragt sich nur, Don Salustiano, ob Donna Salvadora von Ihnen Almosen empfangen will oder kann?“

Er schwieg einen Augenblick, dann näherte er sich mir und sagte mit scharf accentuirter Stimme:  
„Glauben Sie denn nicht, daß ich daran gedacht habe? — Aber, Sie sind Arzt, Senner! Hören Sie, wie es auf meiner Brust töhelt und wie rauch der Ton aus meiner Kehle kommt. Sehen Sie dieses eingefallene Gesicht an, Senner, und wagen Sie es dann, mir zu rathen, den einzig möglichen Ausweg, den es geben könnte, Salvadora's Stolz nicht zu beleidigen, einzuschlagen.“

„Welchen Ausweg? Und...“

zwischen dem Staat und den verschiedenen Konfessionen im Lande bestanden, vollständig aufgehoben. Kraft jenes neuen Gesetzes ist jeder dogmatisch- oder moralisch-religiöse Unterricht aus den Elementar- und Mittelschulen des Kantons vollständig ausgeschlossen, und soll sich der Lehrer lediglich auf Ermahnungen beschränken, die er aus dem intellektuellen und moralischen Leben des Volkes zu schöpfen vermag. Der Religionsunterricht ist fortan eine Privatangelegenheit der Familie, mit welcher der Staat als solcher nichts zu thun hat. Erklärt nun auch die vor ungefähr zwei Jahren stattgehabte radikale Umwälzung in Zürich diese Gesetzgebung zur Genüge, so ist ihr doch eine weitergehende Bedeutung beizumessen, zumal auch der Große Rath von Genf in diesem Augenblick mit einem auf dieses gleiche Ziel gerichteten Antrage beschäftigt ist und diese Vorgänge nicht ohne Nachwirkung auf die übrigen Schweizer Kantone bleiben dürften. (N. N. Z.)

### Frankreich.

\* Paris, 1. Nov. Seit gestern erscheint der „Rappel“ wieder. Victor Hugo leidet dessen Wiederauftauchen mit einem Briefe voll blühenden Unsinnes ein, dem wir zur Probe folgende Stelle entnehmen:

Im gegenwärtigen Augenblick ist eine Sache zu vollbringen; eine einzige. Welche? Frankreich erheben. Für wen? Für Frankreich? Nein. Für die Welt. Man zündet die Fackel nicht für die Fackel wieder an. Man zündet sie wieder an für die, welche sich in der Nacht befinden; für die, welche die Hände in den Kellern ausstrecken und die traurige Mauer des Hindernisses befehlen; für die, denen der Führer, das Licht, die Hitze, der Muth, die Gewissheit des Weges fehlt; für die, welche Schatten in ihrem Horizont, in ihrer Arbeit, in ihrem Gewissen haben; für die, welche es notwendig haben, in ihrem Fall oder ihrem Sieg klar zu sehen. Man zündet die Fackel selbst für den, der sie ausgelöscht, und der, indem er sie ausgelöscht, erblindet ist, und es ist für Deutschland, daß man Frankreich wieder erheben muß. Ja! für Deutschland. Denn Deutschland ist Sklave, und Frankreich wird ihm seine Freiheit wiedergeben. Das Licht befreit. Aber was muß man thun, um die Fackel wieder anzuzünden? Wie muß man es anfangen? Es ist sehr schwer, aber einfach. Man muß den Funken heraus schlagen. Von wo? Aus dem Herzen des Volkes. Diese Seele ist niemals todt. Sie erleidet Verwundungen, wie jedes Gefäß; dann, plötzlich wirft sie einen Lichtstrahl und erschint u. s. w.

Nach den letzten Nachrichten aus Corsika — schreibt man der „Kln. Ztg.“ — hat der dortige Generalrath die Absicht, die Wahl Conti's zu kassiren. Conti, der Kabinetschef und Vertraute des Kaisers, war es, der bei Gelegenheit seiner Wahl eine Rede hielt, worin er die baldige Rückkehr des Kaisers ankündigte. — Wie verlautet, werden Nigra und Fürst Metternich nicht mehr lange in Paris bleiben. Die Versailler Regierung wünscht nämlich deren Zurückberufung, da sie auf zu genauem Fuß mit der gefallenen Dynastie gestanden haben. — Die Entwaffnung der Nationalgarde geht jetzt sehr rasch vorwärts. — Am 30. Okt. hat in Le Bourget bei Paris zur Erinnerung an den vor. Jahres an diesem Tage daselbst stattgehabten Kampf eine Trauerfeierlichkeit stattgefunden. Derselben wohnten auch der General Bellemar und der Bischof von Limoges an. Beide sowie auch Francis Auber (dieser im Namen der Presse) hielten Reden. Der Empfang, welcher dem General bei seinem Erscheinen zu Theil ward, war gerade kein freundlicher. Man giebt ihm nämlich die Schuld, daß die Vertheidiger von Bourget, welche am 30. Okt. von den Preußen angegriffen wurden, ohne alle Unterstützung blieben und furchtbar mitgenommen wurden. Als er seine Rede beendet, wurde die Haltung so feindselig, daß die anwesenden Offiziere sich um ihn scharten, um ihn nöthigenfalls zu beschützen. Als er sich dann später wegbegeben, wurde er mit Pfeifen und Zischen verfolgt. — Der Prozeß wegen der Ermordung der Generale Clement Thomas und Lecomet wird am Freitag 3. Novbr. vor das Kriegsgericht kommen. 27 Angeklagte haben sich für diese Morde zu verantworten.

### Belgien.

— Einem Briefe aus Brüssel entnimmt die „Korr. St.“ Folgendes:

Die Berichtigungen des deutschen „Reichs-Anzeigers“ in Bezug auf die Bene dicti'schen Ausführungen haben hier allgemein nicht nur einen überaus günstigen Eindruck gemacht, sie haben sogar einen vollständigen Umschlag in der öffentlichen Meinung herbeigeführt, seitdem atemlos festgestellt worden, daß Fürst Bismarck den Krieg hätte vermeiden können, wenn er Belgien an Frankreich hätte überlassen wollen. Dieser Umschlag findet ganz natürlich durch alle belgischen Zeitungen durch; selbst diejenigen Zeitungen, welche stets als die deutschfeindlichsten erachtet wurden, haben der jetzigen Stimmung nicht widerstehen können, mit einer einzigen Ausnahme: „l'Étoile Belge“, welcher sich abschüssig allem verhält, was seinen orleanistischen Protektoren nicht genehm ist. Die Deisten sind in Frankreich die erbittertesten Feinde Deutschlands.

### Großbritannien.

London, 2. Nov. Nach einem Telegramme der „Times“ aus Paris hat Admiral La Roncière den Berliner Botschafterposten ausgeschlagen.

### Asien.

\* In Persien ist die Hungersnoth noch keineswegs vorüber und aus einem Privatbriefe des dortigen britischen Ministerresidenten, d. d. Bushire, 23. Sept., wird die folgende Stelle veröffentlicht:

Gott weiß, wie die Armen durch den Winter kommen sollen; die Leute scheinen hier ausgezehrt als je. Vor dem Residenzgebäude warten des Morgens wenigstens 2500 Arme auf unsere wohlthätigen Spenden. Vor 2 Tagen haben sie im Gebirge 2 Frauen faktisch zu Tode gebracht. Die in den Straßen umherliegenden Säuglinge und Kinder sind kaum als menschliche Wesen zu erkennen.

### Amerika.

Washington, 1. Nov. Die Staatsschuld beläuft sich abzüglich des Barbestandes im Staatshage auf

2,251,713,448 Doll., hat also im Oktober um 8,950,991 abgenommen.

### Badische Chronik.

S.d.G. Karlsruhe, 30. Okt. (Öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses. Schluß.) 1) Bericht über die Fortsetzung der städtischen Verbrauchssteuer (Okto). Berichterstatter Langer fügt dem gedruckten Berichte noch erläuternde Worte bei, bespricht die geschichtliche Entwicklung der hiesigen Verbrauchssteuer, die Wirkungen einer etwaigen Aufhebung oder Minderung der Verbrauchssteuer, das ungleiche Verhältniß der Staatssteuerzahler zu den Gemeindeflaggen, ferner die gemeinnützigen Anstalten und Einrichtungen, welche mit den Verbrauchssteuern bereits erreicht wurden und noch anzukämpfen sind, und empfiehlt der Versammlung die Annahme des Antrages des Gemeinderaths, welcher dahin geht: „Es sollen die seither erhobenen städtischen Verbrauchssteuern vom 1. Januar 1872 an in unveränderter Weise weitere 6 Jahre fort erhoben werden.“

Subdirektor Schneider stellt den Antrag: statt 6 Jahre nur 1 Jahr festzusetzen und die Gemeindebehörde zu ersuchen, etwa im Vereine mit anderen Städten bei großer Regierung dahin zu wirken, daß die Klassen- und Kapitalsteuerpflichtigen auch zu den Gemeindeflaggen beigezogen werden. Redner beruft sich insbesondere auf die Wissenschaft, welche sich gegen das Okroi erklärt. Altdirektor Meißner vertheidigt, vom Standpunkte der Praxis ausgehend, den Antrag des Gemeinderaths und weist namentlich darauf hin, daß nach Aufhebung des Okroi kein einziges davon betroffenes Lebensmittel auch nur um einen halben Kreuzer weise billiger verkauft werden. Zur Zeit sei also des Vorredners Antrag nicht annehmbar; mit der zu erwartenden Aenderung des Gemeindeflaggen werde die Abhilfe kommen, welche auch er herbeiwünsche, wie der Gemeinderath. Berichterstatter Langer sprach in ähnlichem Sinne; er hob insbesondere hervor, daß der Gemeinderath nur nothgedrungen zu dem Okroi greife und, wenn ein anderes Mittel vorhanden wäre, die gesammte Einwohnerschaft und nicht nur die Grund-, Häuser- und Gewerbebesitzer mittelst direkter Besteuerung heranzuziehen man gerne die Verbrauchssteuer fallen ließe, jedoch nicht deshalb, weil man nach billigeren Lebensmitteln zu erwarten hätte — denn die Erfahrungen anderwärts, z. B. in Belgien, sprechen nicht für einen Gewinn dieser Art — sondern aus den übrigen bekannten Schattenseiten der indirekten Steuern überhaupt. Der Antrag Schneider's hatte keine Unterstützung gefunden und wird der Antrag des Gemeinderaths mit 74 gegen 2 Stimmen (Schneider und Siedler) angenommen.

2) Bericht über die Bewilligung von Bauprämien für den alten Stadttheil nördlich der Langenstraße, zwischen der Wald- und der Waldhornstraße. Der Antrag des Gemeinderaths lautet: „Wer in der Langenstraße oder in den nördlich von dieser gelegenen Fächerstraßen zwischen der Waldhorn- und der Waldstraße — beide einschließlich — oder im inneren Birkel an die Stelle alter Häuser neue, architektonisch schöne dreis- oder vierstöckige Gebäude aufstellt, deren Bauplan von dem Gemeinderath genehmigt sein muß, erhält für den laufenden Fuß der Hausfronte 25 fl. aus der Gemeindeflagge. Zu diesem Zweck wird dem Gemeinderath zu allmählicher Verwendung ein Kredit von 15,000 fl. bewilligt.“

Berichterstatter Lang fügt dem gedruckten Berichte nur noch Bemerkungen bei, er weist namentlich darauf hin, daß z. B. in Innsbruck solchen Bauplänen ein Kredit von 10 Jahren alle Gemeinde- und Staatsabgaben aus der Gemeindeflagge bezahlt werden.

Hofbankier Müller begrüßt den Antrag, hätte jedoch gewünscht, daß die Bauprämie für die Langenstraße auf 50 fl. und jene für die übrigen Straßen auf 25 fl. festgesetzt worden wäre, die erstere jedoch nur für die Zeit von 3 bis 4 Jahren.

Altdirektor Meißner freut sich über den gemeinderathlichen Vorschlag, erklärt sich gegen des Vorredners Wunsch, stellt dagegen den Antrag, die Bauprämie von 25 fl. auf alle diejenigen auszubehalten, welche in der Stadt Karlsruhe ein altes Haus abbrechen und ein neues, architektonisch schönes dreis- oder vierstöckiges Haus an dessen Stelle aufzuführen.

Subdirektor Schneider spricht für den Antrag des Gemeinderaths. Nachdem noch Oberbürgermeister Lauter, Partikulier Kängle, Kaufmann Heilan gesprochen, wird die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen, damit der Gemeinderath sich zurückziehe, um über den unterfertigten Antrag des Oberbürgermeisters Maßsch zu beraten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung eröffnet Oberbürgermeister Lauter, daß der Gemeinderath diesem Antrag nicht beitreten könne, weil derselbe dem gemeinderathlichen Antrage in dessen ganzer Tendenz widerspreche, jedoch gegen den Ausdruck eines Wunsches zu Protokoll nichts einzuwenden habe, welcher lautet: „Der Gemeinderath möge in Erwägung ziehen, ob die Bauprämie nicht auch auf die übrigen Theile der Stadt auszubehalten sei, und sodann hierüber in einer der nächsten Ausschusssitzungen Vortrag erstatten.“

Es erfolgt hierauf die Abstimmung über den Antrag des Gemeinderaths und den von diesem beantragten Zusatz, und fand jener wie dieser einstimmige Annahme.

3) Oberbürgermeister Lauter berichtet sofort über den Ankauf des Gebäudes der alten Mädchenschule durch die kaiserl. Reichs-Postverwaltung um den Preis von 36,000 fl. Der Kaufschilling sei am 1. Okt. 1873 zu bezahlen, an welchem Tage die Reichs-Postverwaltung in den Besitz des Hauses trete.

Die Reichs-Postverwaltung habe das Haslinger'sche Haus nur unter der Voraussetzung angekauft, daß sie auch die Mädchenschule dazu erwerben könne, da das Haslinger'sche Haus zu wenig Raum, namentlich Hofraum, biete. Redner begrüßt es mit Freude, daß die Reichs-Postverwaltung mitten in der Stadt eines der schönsten Häuser angekauft habe, welches nicht nur die nöthigen Kanäle, sondern auch Wohnungen für die Beamten biete, welches Verfahren man bisher von der groß. badischen Regierung nicht gewohnt war.

Der Bürgerausschuß giebt ohne Besprechung einstimmig dem Verkauf seine Genehmigung.

4) Bericht über die Bestellung einer Kommission zur Abhör der Gemeindeflaggen. Der Antrag des Gemeinderaths geht dahin: „Es wolle der Bürgerausschuß nach Maßgabe des § 154 der G.D. und der §§ 21 und 22 der G.S.D. vom 29. Dez. 1870 durch Wahl von 7 Mitgliedern aus seiner Mitte eine Kommission zur Abhör der aus den Jahren 1869 und 1870 verfallenen Gemeindeflaggen bestellen.“

Oberbürgermeister Maßsch freut sich, daß endlich der alte Haber mit der Alt-Staatsrechnungs-Behörde aufhöre. Es erfolgt einstimmige

Annahme obigen Antrages und schließlich die Abgabe der Stimmzettel. Es wurden in die Kommission gewählt: A. Dürr, D. Herrmann, G. Müller, H. Kängle Vater, K. A. Schneider, A. Deisenheinz und A. Hoyer.

Aus Baden, 1. Nov. (Schw. M.) Der Gemeinderath in Mannheim hat an das Staatsministerium das Gesuch gerichtet, es wolle dem nächsten Landtage ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, nach welchem die Gemeinderäthe von den Funktionen eines Pfandes- und Gewährungsgerichts entbunden und solche einer eigenen (staatlichen) Beamtung übertragen werde. Veranlassung dazu ist die nachgerade überwältigende Geschäftslast und Verantwortlichkeit, die aus dem Pfandschreibereiwesen für die Gemeinderäthe sich ergibt; hauptsächlich hat dieser Zustand dahin geführt, daß die einzelnen Gemeinderäthe Pfandzeugnisse auf Gerathewohl unterschreiben müssen, durch welche ihnen eine weittragende Vermögensgefahr erwächst. Nach dem ursprünglichen Text des Code Napoleon ist ein eigens wissenschaftlich und geschäftlich herangebildeter Pfandschreiber für dieses Geschäft in Aussicht genommen.

Von der Bergstraße, 31. Okt. (Mannh. Anz.) Vom schönsten Wetter begünstigt fand gestern und heute die Weinklese in den meisten Rebgebieten unserer Gegend statt. Trotz der Aussicht, daß kein guter Reuer erzielt wird, fanden sich doch für den Reben in den Orten Lügels, Höben- und Grotschachen viele auswärtige Käufer ein. Der Eimer (30 Maß gefüllte Trauben) wurde mit 5 bis 8 fl. 30 kr. bezahlt.

\* Baden, 2. Nov. Die Gesamtmittelfrequenz der nun abgeschlossenen Badesaison stellt sich nach der offiziellen Fremdenliste also: Seit Beginn der Saison sind in dieser Liste aufgeführt 43,728 Personen, beim Beginn der Saison waren bereits anwesend 685 Pers.; in der Winter- und Heilstation wurden verpflegt vom 1. Jan. bis 1. Nov. 777 Soldaten; Gesamtsumme der Saison 50,190 Personen.

Freiburg, 2. Nov. (Ztg. B.) Heute, als am Allerheiligentage, fand um 11 Uhr eine militärische Feier auf dem Friedhofe zu Ehren des Gedächtnisses der auf demselben ruhenden Krieger statt, bei welcher die Militärkapelle passende Stücke vortrug und Hr. Finneisen in beredten Worten den Jdeen des Tages einen feierlichen Ausdruck verlieh. Die betreffenden Reden waren zuvor frisch hergerichtet und sinnig geschmückt worden. — Vorgestern wurde von Hrn. Hofrath Müller in der akademischen Aula die Gedächtnisrede für den verstorbenen Hofrath und Professor Dr. Ludwig Dettlinger gehalten.

Stocach, 2. Nov. Nachdem Hr. Kreis-Schulrath Seib, welcher gegenwärtig in Berlin verweilt, ein Mandat zur Zweiten Ständekammer nicht annehmen zu können erklärt hat, ist dem Vernehmen nach Hr. Oekonom Bissig auf Mooshofen als Kandidat für die am 4. d. M. stattfindende Abgeordnetenwahl aufgestellt worden. Da der Amtsbekanntmachung an seinem bisherigen Deputirten, Hrn. Roder, festzuhalten gewillt ist, so werden die nächsten Tage entscheiden, welcher von den beiden Kandidaten als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen wird.

Die Weinlese ist im hiesigen Amtsbezirk in der vorigen Woche beendet worden. In Waldwies, Espingues und Ludwigshafen wurden schon zahlreiche Rufe abgeschlossen und sehr gesucht; die Weine von Bobmann sein, das durch gebelte Rebsorten sich eines besondern Rufes erfreut.

### Bermischte Nachrichten.

— Der in Heidelberg erscheinende ultramontane „Pfälz. Bot.“ leistet in seiner neuesten Nummer folgende Erklärung: „Was geschieht für das Professorengeheimniß“, sagte kürzlich ein Arbeitsmann, der Blutschnitz soll einmal machen, daß Brod und Fleisch wohlfeiler werden, hernach will ich Respekt vor seiner liberalen Gelehrsamkeit haben.“ Der Mann hat Recht, und Viele denken so wie er; aber dem Liberalismus darf man mit solchen Zumuthungen nicht kommen; er bringt ihn in die schwerste Verlegenheit; denn der gemeine Liberalismus weiß nur das Volk in Noth und Elend zu stützen, nicht aber denselben zu helfen, wie er dem Volke stets vorgeschwindelt hat.“ — Welche Sorte von Lesern muß das sein, denen man eine solche politische Kost glaubt serviren zu können!

\* Saargemünd, 1. Nov. Die kais. Kreisdirektion hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Durch Erlass des Hrn. Präses vom 24. Okt. ist in Erwägung, daß die Rinderpest im Departement Deutsch-Lothringen neuerlich wieder heftiger und häufiger ausbricht, ferner daß die Ansteckung, so wie Verbreitung der Seuche namentlich durch Schafe nachgewiesen worden ist, die Durchfuhr von Schafen oder Ziegen, von Heu oder Stroh aus Frankreich durch das Departement Deutsch-Lothringen verboten worden, und zwar für letztere Gegenstände auch insofern, als dieselben nur zum Zwecke der Verpackung dienen. Die Aus- und Durchfuhr von Schafen oder Ziegen, Heu oder Stroh, ist im ausländischen Verkehr nur nach Frankreich und nur insofern gestattet, als der Transport vermittelt der Eisenbahn stattfindet. Im inneren Verkehr ist jeder Aus- und Verkauf von Schafen oder Ziegen von einem Ort zum andern nur insofern gestattet, als der Handel zum Zwecke des sofortigen Schlachtens nach Ankunft der Thiere am Bestimmungsorte geschieht. Dies wird damit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. — Saargemünd, den 30. Oktober 1871. — Der Kreisdirektor, J. B. Schraut.“

— Metz, 30. Okt. Der gestrige Jahrestag der Befreiung von Metz durch die deutschen Truppen hat nach der „Metz. Ztg.“ zu einer kleinen Demonstration Anlaß gegeben. An verschiedenen Straßenecken und öffentlichen Gebäuden waren nämlich in vergangener Nacht in französischer Sprache geschriebene Zettel angeklebt worden, die ungefähr folgenden Inhalt hatten: „Französische Bürger! Es ist heute ein Jahr, daß unsere alte Stadt Metz durch den Verrath eines Elenden den nordischen Barbaren ausgeliefert wurde. Uns bleibt die Trauer um die für ihr Vaterland Gefallenen. Laßt uns dieselben ehren und den einzigen Sebanten in unsern Herzen hegen, sie zu rächen und uns zu befreien!“

H. München, 2. Nov. Ueber den Verlauf der Erkommunikation des Pfarrers Bernard zu Kieferfelden durch den Erzbischof von München berichtet ein Augenzeuge: Der Erzbischof war persönlich gekommen und sprach in der nächst Rustica gelegenen Dito-Kapelle die Erkommunikations-Rede gegen Pfarrer Bernard, der sich offen als Gegner der Unschickbarkeits-Lehre erklärt hatte, aus. Der Erzbischof hielt eine Ansprache an das zahlreiche in und außer der Kapelle zugeströmte Publikum, bedauerte, bis an die Grenzen seiner

Diese reisen zu müssen, um den Ungläubigen auszutreiben, ging dann zum rituellen Bannfluch über und stellte endlich der versammelten Gemeinde den Kooperator in Oberaurosch, Stangl, als Nachfolger Bernard's vor. Der Bischof hatte gedenkt, da er stand außerhalb der Kapelle ein eigentümliches Gedränge und Gewoge, die Aufmerksamkeit des Publikums wendete sich nach dieser Richtung; hoch angezogen im priesterlichen Ornate stand Pfarrer Bernard auf der steinernen Kanzel der um die Kapelle laufenden Gallerie, und weit hin hörbar mit fester Stimme sprach auch er zu den Mitgliedern seiner Gemeinde ernste, feierliche Worte, mit welchen er die erzbischöfliche Handlung als einen Akt unberechtigter Willkür bezeichnete. Er berief sich auf die Gemeinde, daß er stets die unerschütterliche Lehre vortragen habe; er berief sich ferner auf das Verhalten des Bischofs selbst beim Konzil, um die Haltlosigkeit der neuen Lehre darzutun. Schon bei den ersten Worten des Pfarrers war der Erzbischof aus der Kapelle getreten und rief bei Umstehenden zu, indem er auf den Pfarrer wies: "Hört ihn nicht: er darf zu Euch nicht sprechen!" Da antworteten kühnliche Hochrufe auf den Pfarrer; man scharte sich um ihn, brachte ihm die herzlichsten Ovationen. Der Erzbischof zog sich zurück, begleitet von etwa 20 Mitgliedern des "patriotischen" Vereins. Er mußte einen langen Weg zurücklegen und konnte dabei noch hören, wie der Pfarrer feierlich erklärte, die Seelsorge in seiner Gemeinde nicht preiszugeben und die kirchlichen Funktionen nach wie vor auszuüben.

Der Pfarrer Hofmann in Lützenhausen hat auf die erzbischöfliche Aufforderungen hin, eine bestimmte Erklärung abzugeben, ob er sich unterwerfen wolle oder nicht, unterm 8. Aug. l. J. erklärt, daß er eine Antwort mit Ja oder Nein hinsichtlich der Anerkennung des Konzils so lange nicht abgeben könne, als nicht die Beschlüsse desselben mit Genehmigung der k. Staatsregierung rite publiziert seien. Vor das Ordinariat geladen, legte Pfarrer Hofmann am 23. Okt. nachstehende Protokollareklärung nieder: Auf die Frage, wie er sich zu dem allgemeinen vatikanischen Konzil und seinen bisherigen Beschlüssen stelle, wobei er auf den oberhirtlichen Erlass vom 14. Aug. d. J. zurückverwiesen wurde, erklärte derselbe: "Ich erkläre hiermit, daß ich in Folge meiner im Auftrage des hochw. erzbischöflichen Ordinariates München-Freising angestellten und mit christkatholischer Gewissenhaftigkeit gepflogenen Erwägungen über das vatikanische Konzil dasselbe zur Zeit als ein schismatisches zu erkennen nicht vermag, deshalb es auch nicht anerkenne und der oberhirtlichen Stelle eine Jurisdiktionsgewalt über mich nicht mehr zuerkenne; ebenso daß ich das Dogma von der persönlichen Unschuldbarkeit des Papstes im Einklange mit der k. bayr. Staatsregierung als staatsgefährlich erachte." Gefragt, was er zu thun gedente, wenn der Oberhirt in Folge dieser Erklärung ihn als der Exkommunikation verfallen erklären würde, antwortete derselbe: "Ich würde in diesem Falle die Exkommunikation als ungültig ansehen, weil ich der Ansicht bin, daß mein Oberhirt durch die Anerkennung des vatikanischen Konzils von der katholischen Kirche, wie sie vor dem 13. Juli 1870 war, abgefallen sei." Weiter gefragt, ob er trotz der Exkommunikation fortfahren würde, seine priesterlichen und psarramtlichen Funktionen auszuüben, antwortete derselbe: "Ich würde sie ausüben." Die übrigen ihm vorgehaltenen Anklagepunkte lehnte derselbe einfach als nicht begründet ab. Die erzbischöfliche Exkommunikationsurkunde erklärt nun diese Antwort als "Unglauben und Ungehorsam", als "aktive Empörung, frevelhaften Aufbruch und vermessene Aufwiegelung" und verhängt über den Hrn. Pfarrer wegen des crimen haeresis formalis et externae die größere Exkommunikation. Die Amts- und Pfändentsetzung ist zwar noch nicht ausgesprochen, um des Restes der Hoffnung willen, die man bezüglich seiner baldigen Umkehr hegt, aber auch diese werde ausgesprochen werden, wenn Hr. Hofmann es wagen sollte, dem Benefiziaten Witzelsohn, dem nunmehr die Psarrseelsorge anvertraut ist, irgend welche Hindernisse in Führung des Psarramtes zu bereiten oder gar sich eine priesterliche Amtshandlung anzumaßen. Hr. Pfarrer Hofmann wird trotz dieser Exkommunikation fortfahren, seine Rechte und Pflichten als katholischer Pfarrer auszuüben.

Berlin, 1. Nov. (Berl. Bl.) Die Centrums-Fraktion ("Katholiken") hat in ihrer Sitzung vom 30. v. M. den früheren Vorstand, bestehend aus den Hrn. v. Savigny, Peter Reichensperger, Dr. Windthorst, v. Mallinckrodt, Fürst zu Löwenstein, Dr. Freitag und Probst, so wie den Schriftführer Hrn. Bernard, dessen Vertreter Hrn. v. Grandby und den Schatzmeister Hrn. Dr. Busch wieder gewählt.

Berlin, 2. Nov. Die Vorarbeiten für die neue Subskription auf den russischen Bodenkredit sind an der hiesigen Subskriptionsstelle bereits so zahlreich, daß die Zuteilungen voraussichtlich nur nach Analogie der letzten Subskription werden erfolgen können.

Berlin, 2. Nov. Der Schauspieler Hermann Hendrichs ist gestorben.

Die Berliner "Germania" und nach ihr zahlreiche andere ultramontane Blätter regen zu einer Konfessionsdemonstration zu Gunsten der Jesuiten an. Sie bringen nämlich eine "Erklärung" von über dreihundert "Katholiken" — es ist im Wesentlichen die bekannte Gesellschaft der bekannten "Katholikenversammlungen", nämlich die Herren Karl Barth, Mowfang, Fürst Jsenburg, Fürst R. Löwenstein u. s. w. — welche gegen die Beschlüsse des Protokollantenvereins in Betreff der Jesuiten Verwahrung einlegen und für sie Gewähr des Rechtschutzes von Seiten der Regierungen verlangen. Wir haben aus dem merkwürdigen Schriftstück wörtlich folgende Sätze aus: "Wir bitten alle Katholiken Deutschlands, gerade in diesem Augenblick einmütig zusammenzutreten, um durch alle ihnen geeignet scheinenden geistlichen Kundgebungen darauf hinzuwirken, daß die Garantie der religiösen Freiheit und die Anerkennung der Rechte der Kirche uns endlich (1) zu Teil wird. ... Wird dieses Recht uns unverletzt erhalten und gewährt, so wird Deutschland den Frieden erlangen, den es zu seiner inneren und äußeren Entwicklung bedarf. Wird dieses Recht den Angriffen der gefährlichen Parteien (1) preisgegeben, so wird unser Vaterland einer Zerrissenheit überantwortet, welche in nicht allzu fernem Zeit sein politisches wie soziales Verderben hervorrufen muß."

Dazu bemerkt die "Nat.-Ztg." zunächst vom preussischen Standpunkt: "Daß der katholischen Kirche in Deutschland und namentlich in Preußen alle mögliche Freiheit gelassen ist, hat die kaiserl. Antwort an die Bischöfe in einer der Wahrheit vollkommen entsprechenden Weise hervorgehoben. Jetzt wird verlangt, daß noch darüber hinaus, und endlich die Anerkennung der Rechte der Kirche zu Teil werde" und falls Dem nicht entsprochen wird, das "politische

und soziale Verderben des Vaterlandes" in Aussicht gestellt. Es scheint, als soll das neue Reich seine Feuerprobe im Kampfe gegen den Ultramontanismus zu bestehen haben. — Wir unterwerfen uns nur noch eine Frage hinzu: das "politische und soziale Verderben" kommt niemals wie Regen und Sturm von selber, sondern wird, wenn es kommt, von gewissen Menschen herbeigeführt. Wer sind nun die Menschen, die es nach vorstehender Ankündigung gegebenen Falles herbeizuführen bereit und entschlossen sind? Das scheinen doch nur diejenigen sein zu können, die jetzt schon so genau wissen, was nach der eventuellen Unterdrückung des Jesuitenordens in Deutschland angeblich geschehen wird.

London. In einem offiziellen Berichte sagt Dr. Lancaster, der Gerichtsarzt und Leichenbeschauer für den hauptstädtlichen Bezirk Westminster: "Die Pocken entzünden sich jetzt langsam aus der Hauptstadt, nachdem sie 5000 Personen getödtet und weitere 100,000 verkrüppelt, verunstaltet und in Armut geführt haben. Die Unkosten müssen sich auf wenigstens 100,000 Pfd. St. belaufen und der zehnte Teil davon, wenn mit Ueberlegung verausgabt, hätte der Epidemie unmittelbar nach ihrem Ausbruche ein Ende gemacht."

### Nachricht.

Berlin, 2. Nov. Wie verlautet, hat das Plenum des deutschen Bundesraths die Vorlage in Betreff der Münzreform noch nicht in Erörterung gezogen. Der Erklärungsgrund für diese Verzögerung dürfte in dem Umstande liegen, daß von Seiten der preussischen Regierung eine Aenderung von Aufstellungen der vorberatenden Ausschüsse beantragt worden ist. Sachliche Hauptpunkte des Entwurfs soll aber dieser Aenderungsantrag nicht berühren. — Von dem Bevollmächtigten Bayerns ist dem Bundesrath eine Vorlage zugegangen, welche den Zweck hat, das norddeutsche Bundesgesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste als Reichsgesetz in das Königreich Bayern einzuführen. In diese Vorlage ist u. A. die Bestimmung aufgenommen, daß dem König von Bayern die in Art. III, § 5, Nr. 3 des Pariser Vertrags vorbehaltenen Rechte verbleiben. Danach bilden die bayerischen Truppen einen unter der Militärsouveränität ihres Souveräns selbständigen selbständigen Bestandtheil des deutschen Bundesheeres, welcher in Kriegszeiten unter den Oberbefehl des Bundes-Feldherrn tritt. Das bayerische Gesetz über das Wehrgebot kommt außer Wirksamkeit.

Der Kriegsminister Graf v. Roon hat nunmehr für die Verwaltung seines Departements die früher schon in Aussicht gestellte Beihilfe erhalten. Durch Kabinettsordre ist der Generalleutnant v. Stöck in Verbindung von seinen bisherigen Aemtern als Direktor des Militärökonomie-Departements und als Chef des Generalstabs bei der in Frankreich stehenden Okkupationsarmee dem Kriegsminister für die Unterstützung in seinem Amte zur Disposition gestellt worden. General v. Stöck hat namentlich während des jüngsten Krieges in seiner Stellung als Generalintendant der Armee sich um das Verpflegungswesen der Truppen sehr verdient gemacht.

Leipzig, 2. Nov. Heute fand der feierliche Einzug der aus Frankreich hierher zurückgekehrten Truppen, nämlich des sächsischen Infanterieregiments Nr. 107 und des 2. sächsischen Reiterregiments hier selbst statt. An der Spitze der Truppen befanden sich Feldmarschall Kronprinz von Sachsen und der Prinz Georg von Sachsen. Die Truppen zogen durch das Dresdener Thor nach dem Obstmarkt, bis wohin sämtliche Gewerke, die Gesangsvereine, die Turner und die Studirenden mit ihren Emblemen und Fahnen Spalier gebildet hatten. Auf dem Obstmarkt angekommen, nahmen die Truppen Aufstellung und wurden vom Bürgermeister Koch in einer herrlichen Ansprache begrüßt. Nachmittags gibt die Stadt dem Offizierkorps ein Diner, an welchem auch die beiden Prinzen sowie die Spitzen sämtlicher Behörden theilnehmen werden. Auch die Mannschaften werden bewirtet und erhalten außerdem pro Mann 1/2 Thaler von Seiten der Stadt gezahlt. Abends wird die Stadt glänzend beleuchtet.

Dresden, 2. Nov. Der Strike der Chemnitzer Maschinenaubauer dauert, wie dem "Dresdener Journ." gemeldet wird, ohne wesentliche Veränderung fort. Einzelne Arbeiter haben in Folge eines von den Fabrikanten erlassenen Auftrufes in verschiedenen Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen; so in der Fabrik von L. Schönherr, in welcher heute über 300 Arbeiter ihre Thätigkeit wieder begonnen.

München, 3. Nov. Gutem Vernehmen nach wird der britische Gesandte, Sir Henry Howard, von hier abgerufen und durch einen Geschäftsträger ersetzt.

Wien, 3. Nov. Der mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte Hr. v. Kellerperg arbeitet gegenwärtig ein Programm aus, welches dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt wird. Die Frage, wer in das neue Kabinet tritt, wird erst nach Annahme des Programms durch den Kaiser erledigt.

Besth, 2. Nov. Dem Wiener "Corresp.-Bur." wird von hier gemeldet: Die Kreditanstalt und die ungarische Kreditbank haben mit dem ungarischen Finanzminister ein großes Eisenbahn-Gesellschaft für ungarische Eisenbahnen abgeschlossen.

Belgrad, 2. Nov. Der Kaiser von Rußland hat dem Fürsten Milan den Weissen-Adler-Orden, dem ersten Argenten Vlasnavacz den Annen-Orden verliehen.

Paris, 3. Nov. Die Permanenzkommission wird heute die Geld-Frage erörtern. Es ist der Beschluß bevorstehend, die Bank zur Ausgabe kleinerer Scheine zu ermächtigen. Hr. de Clerq soll zum Vertreter am Berliner Hofe ernannt worden sein. — In Paris ist keine Ruheföderung während des gestrigen Tages [Merseben, Besuch der Gräber] vorgekommen.

Point de Galle, 1. Nov. Der nach Australien bestimmte Dampfer "Rangoon" ist beim Auslaufen aus dem hiesigen Hafen gestrandet. Die Passagiere sind gerettet. Zur Vergütung der Post werden gleichfalls Rettungsversuche gemacht.

Konstantinopel, 1. Nov. Der päpstliche Legat Mgr. Franchi ist heute von hier abgereist. Am Samstag wurde derselbe vom Sultan empfangen, welcher ihn in freundschaftlicher Weise verabschiedete und ihm nebst mehreren werthvollen Geschenken auch ein eigenhändiges Schreiben an den Papst einhändigte, in welchem der Sultan den Dank für die ihm von Rom überlieferten Geschenke ausdrückt. Eine große Anzahl Geistlicher und hervorragender Persönlichkeiten der verschiedenen katholischen Riten begleiteten den Legaten bei seiner Abfahrt bis zum Schiffe.

Elemente der deutschen Grammatik für die Unterlassen der Mittelschulen, von L. Sevin, Professor an der großh. hoh. Bürgerschule in Konstanz. Dieses Werkchen ist im Selbstverlag des Verfassers erschienen. Herausgewachsen aus einer mehrjährigen Schulpflicht, bietet es in maßvoller Stoffwahl, in klarer Uebersichtlichkeit und in leichtfähhlicher Form das zu behandelnde Material. Ohne dem Lehrer eine methodische Fessel anlegen zu wollen, scheint es wohl geeignet, auf diesem schwierigen Lehrgebiete als sicherer Führer zu dienen.

Für die Abgebrannten in Chicago (Ausfuss in Nr. 253 der Karlsruher Zeitung) ist weiter bei uns eingegangen: Von In und Helene 1 fl. 10 kr., von Professor Wisflahl 10 fl., von Rimmig 5 fl., von K. 5 fl., zusammen 231 fl. 57 kr. Karlsruhe, den 3. Novbr 1871.

Die Erpedition der Karlsruher Zeitung.

### Frankfurter Kurszettel vom 3. November.

Staatspapiere.	
Deutschland 5% Bundesoblig. 100 1/2	Oesterreich 4% Papierrente 49 1/2
5% Schatzscheine 100 1/2	5% Rente 49 1/2
Preußen 4 1/2% Obligation. 100 1/2	4% Obl. i. F. d. 28 fr. 87 1/2
Baden 5% Obligationen 103	4% Obl. i. F. d. 105 fr. 87 1/2
4 1/2% 100	Staatsbank 5% Obl. v. 1870
4% 95 1/2	2 à 12 87 1/2
3 1/2% Obl. v. 1842 90 1/2	5% Obl. v. 1871 87 1/2
Bayern 5% Obligationen 100 1/2	Belgien 4 1/2% Obligation. 101 1/2
4 1/2% 100	Schweden 4 1/2% Obl. i. F. d. 94 1/2
4% 95 1/2	Schweiz 4 1/2% Obl. 100 1/2
Württemberg 5% Obligation. 103	4 1/2% Bern. Staatsobl. 99 1/2
4 1/2% 99 1/2	R. Amerika 6% Bonds 1882
4% 94 1/2	von 1862 96 1/2
Raffau 4 1/2% Obligationen 98 1/2	6% Obl. v. 1885r 97
4% 92 1/2	von 1865 97
Sachsen 5% Obl. 103 1/2	5% Obl. v. 1904r 94 1/2
S. Gotha 5% 103 1/2	10% v. 1864 94 1/2
Gr. Hessen 5% Obligation. 103	3% Spanische 31 1/2
4% 97 1/2	5% franz. Rente 89 1/2
Oesterreich 5% Silberrente 58	4% 94 1/2
5% 58	

Aktien und Prioritäten.	
Babische Bank 132 1/2	5% St. Ludwigsb. Pr. i. F. d. 101 1/2
Frankf. Bank à 500 fl. 3% 135 1/2	5% St. W. Pr. i. F. d. 82
Bankverein à 100 fl. 40%	5% St. W. Pr. i. F. d. 81 1/2
Einj. 125 1/2	5% Obl. v. 2. Em. 79 1/2
Bereinskaffe in fl. 100 118	5% Obl. v. 1868 86 1/2
Darmstädter Bank 436	5% (Neumarkt - Rieb) 86 1/2
Deft. Nationalbank 738	5% Pr. - Pr. Prior. neuerfr. 85 1/2
Oester. Credit-Aktien 302 1/2	5% Kronpr. Rud. Pr. v. 67/68 77 1/2
4 1/2% bahr. Obl. à 200 fl. 145	5% Kronpr. Rud. Pr. v. 1869 77
4 1/2% Pfälz. Marbn. 500 fl. 143 1/2	5% Pr. Nordwestb. Pr. i. F. d. 85 1/2
4% Ludwigsb. Verb. 500 fl. 196 1/2	5% Ung. Obl. Pr. i. F. d. 74
4% Pfälz. Nordb. Akt. 500 fl. 122 1/2	5% Ungar. Nordostb. - Prior. 74 1/2
4% St. Ludwigsbahn 178 1/2	3% St. W. Pr. i. F. d. 47 1/2
3 1/2% Oberb. St. W. 350 fl. 78 1/2	5% 79 1/2
5% St. Pr. Staatsb. i. F. d. 395 1/2	3% St. Staatsb. - Prior. 58 1/2
5% St. W. - St. G. - A. 202 3/4	5% Vivornel. Pr. Lt. C. D. D. 36 1/2
5% Nordwestb. - A. i. F. d. 225	5% preuss. Bodenkredit-Central- 102
5% St. W. - Einb. à 200 fl. 244	Frankenbriefe 102
5% Galiz. Carl-Ludwigsb. 259	7% New-York-Gitts-Bonds 95
5% Rub. Einb. 2. G. 200 fl. 162 1/2	6% Pacific Central 86 1/2
5% St. W. - A. 200 fl. 258	6% South Missouri 72 1/2
5% Pr. - Pr. Einb. neuerfr. 212	10% Al. - deutsche Bank 89 1/2
5% Alfeld-Gium. Einb. 187	5% Ungar. - Galiz. 75 1/2

Anlehensloose und Prämienanleihen.	
Bayr. 4% Prämien-Anl. 112	Deft. 4% 250-fl.-Loose v. 1854 78
Wesische 4% Obl. 111	5% 500-fl.- " v. 1860 88
35-fl.-Loose 69 1/2	100-fl.-Loose von 1864 138
Braunsh. 20-Thlr.-Loose 19	Schwedische 10-Thlr.-Loose 12 1/2
Großh. Hessische 50-fl.-Loose 182	Finnländer 10-Thlr.-Loose 8 1/2
25-fl.- " 49 1/2	Reininger fl. 7. 6 1/2
Amstebach-Gungenhausen-Loose 12	

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 3% l. S. 98 1/2	Preuss. Friedrichsd'or fl. 9.58-59
Berlin 60 Thlr. 4% 105	100 fl. - " 9.40-42
Bremen 50 Thlr. 4% 96 1/2	Holländ. 10-fl.-St. " 9.53-55
Hamburg 100 R. 3% 87 1/2	Ducaten " " 5.34-36
London 10 Pf. St. 5% 117 1/2	20-Francs-Stücke " 9.17 1/2-18 1/2
Paris 200 fr. 5% 90 1/2	Engl. Sovereigns " 11.44-46
Wien 100 fl. St. W. 6% 100	Russische Imperial. " 9.42-44
	Dollars in Gold " 2.21 1/2-25 1/2
Disconto . . . l. S. 4%	Dollarcoupon . . . -

Berliner Börse. 3. Nov. Kredit 173, Staatsbahn 225 1/2, Lombarden 115 1/2, 82er Amerikaner 97 1/2, Rumänier 44 1/2.  
Wiener Börse. 3. Nov. Kredit 302, Staatsbahn 398, Lombarden 202, Napoleonsd'or 9.26 1/2, Anglobankaktien 257 1/2.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 5. Nov. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Oberon, Feenoper mit Ballet in 3 Akten, von C. W. v. Weber. Anfang 6 Uhr.

Dienstag 7. Nov. Aenderung der Abonnementsnummern. 4. Quartal. 123. Abonnementsvorstellung. Die Hochzeit des Figaro, komische Oper in 2 Akten, von Mozart. Anfang 6 Uhr.

### Theater in Baden.

Mittwoch 8. Nov. Die Lebensmüden, Lustspiel in 5 Akten, von Kaupach. Anfang 1/2 7 Uhr.

